

Ausweitung kommunaler wirtschaftlicher Betätigung gefährdet Arbeitsplätze im Handwerk

Kommunale Unternehmen sind schon heute die wichtigsten Arbeitgeber in der Region und können auf lange Sicht die einzigen sicheren Arbeitgeber in vielen ostdeutschen Städten bleiben. So lautet zumindest das Fazit einer Studie des Verbundnetzes für kommunale Energie (VfKE), die am Montag in Schwerin durch Professor Michael Schäfer (Fachhochschule Eberswalde/Brandenburg) vorgestellt wurde. In der Studie ist weiter zu lesen, dass Kommunale Unternehmen überdurchschnittliche Löhne zahlen, sichere Arbeitsplätze bieten und ganz nebenbei auch noch die Einnahmesituation der Kommunen verbessern.

In seinem Grußwort auf dieser Jahresveranstaltung des VfKE ermutigte zudem Energieminister Volker Schlotmann die kommunalen Akteure die Energiewende als Chance zu begreifen, sich vor Ort zu engagieren und so von den wirtschaftlichen Potenzialen der Energiewende zu profitieren.

„Das ist verkehrte Welt!“ Michael Roolf (Präsident des Wirtschaftsverbandes Handwerk Mecklenburg-Vorpommern) ist entsetzt. „Richtig ist: Fast 20.000 Handwerksbetriebe und ihre 100.000 Mitarbeiter haben maßgeblich dazu beigetragen, dass sich unsere Gemeinden und Städte und das Gemeinwohl in ihnen so entwickelt haben, wie es heute ist.“

Michael Roolf warnt indes die Landesregierung eindringlich: „Wer auf der einen Seite eine Stärkung der Kommunalwirtschaft fordert, muss auf der anderen Seite auch erklären, welche Konsequenzen das beispielsweise für die Auftragslage von Elektro-, Maler-, Dachdecker-, Tischler- oder SHK-Fachbetrieben hat, die ihren Facharbeitern schon heute gute Löhne zahlen. Trotz der sich stetig verringernenden Bevölkerung und damit sinkender Auftragszahlen hat sich das Handwerk als wichtige regionale Wirtschaftskraft in Mecklenburg-Vorpommern etabliert. Wer nunmehr den Handwerksunternehmen Aufträge entziehen will, sollte den betreffenden Unternehmen reinen Wein einschenken.“

Das selbstständige Innungshandwerk erwartet von der Landesregierung stattdessen die Schaffung fairer Rahmenbedingungen und nicht den Staat als Wettbewerber. Schon heute haben kommunale Unternehmen gegenüber dem Handwerk einen deutlichen Wettbewerbsvorteil. Denn durch die Möglichkeit Verlustausgleichszahlungen aus dem Kommunalhaushalt zu bekommen, ist der faire Wettbewerb schon heute in Frage gestellt. Wenn die Landesregierung und ihre Ministerien wirklich den abenteuerlichen Vorstellungen dieses Verbandes folgen, gefährden sie nachhaltig Arbeitsplätze im Handwerk.